

Stammland des Sozial-Liberalismus? Zur Bedeutung der sozial-liberalen Regierungsbündnisse in Nordrhein-Westfalen

Für die Beantwortung der Frage, ob Nordrhein-Westfalen als Stammland des Sozial-Liberalismus zu betrachten ist, müssen zunächst zwei Begriffsklärungen vorgenommen werden, nämlich die Definition der Begriffe „Stammland“ und „Sozial-Liberalismus“. „Stammland“ – das impliziert die Vorstellung, dass es in der politischen Landschaft ein sozial-liberales „Projekt“ gegeben habe, das bundesweit, auf Landes- wie auf Bundesebene, zur Wahl gestanden hätte oder zumindest von seinen Protagonisten als solches verstanden und „beworben“ worden wäre. Für gewöhnlich kennt man den Begriff eines Stammlandes eher im Zusammenhang mit einer bestimmten politischen Partei. So könnte man Hessen als Stammland der SPD, Rheinland-Pfalz als Stammland der CDU, Bayern als Stammland der CSU oder Baden-Württemberg als Stammland der FDP bezeichnen.¹ Aber natürlich gab und gibt es auch eifrige Vertreter eines rot-grünen „Modells“ oder einer schwarz-

- 1 Joachim Scholtzsek: Richard Freudenberg (1892–1975). Ein liberaler Unternehmer vor den politischen Herausforderungen des 20. Jahrhunderts. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 29 (2017), S. 193–220, hier S. 206, spricht etwa vom „liberalen Kernland Baden“. Die Charakterisierung Nordrhein-Westfalens als Stammland der SPD ist hingegen zu verwerfen. Seit 1966 entstand nach und nach ein regelrechter Mythos, der – wie zunächst Karl-Rudolf Korte, dann Guido Hitze und andere aufgezeigt haben – tatsächlich als solcher zu bezeichnen ist: der „Mythos vom sozialdemokratischen Stammland Nordrhein-Westfalen“, vgl. Guido Hitze: Die Parteien und das Land: Der Mythos vom „sozialdemokratischen Stammland“ NRW. Johannes Rau (1931–2006) als Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen. In: Jürgen Brautmeier/Ulrich Heinemann (Hrsg.): Mythen – Möglichkeiten – Wirklichkeiten. 60 Jahre Nordrhein-Westfalen. Essen 2007, S. 153–171; Reiner Burger: Der Geist von „Bruder Johannes“. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 107, 10. Mai 2010, S. 4. Ferner Christoph Strünck: Das NRW-Parteiensystem im Wandel. Ein schleichender Prozess? In: Stefan Marschall (Hrsg.): Parteien in NRW. Essen 2013, S. 37–55, hier S. 37: „Das Land Nordrhein-Westfalen ist historisch kein Stammland der Sozialdemokratie!“ Nach der NRW-Wahl 2017 sprach selbst der Wahlsieger und neue Ministerpräsident vom „Stammland“ respektive von der „Herzkammer“ der SPD, welche nun erobert worden sei, vgl. hierzu Martin Schlemmer: Leserbrief „Die Legende vom Stammland“. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 125, 31. Mai 2017, S. 6. Martin Florack spricht hingegen mit Blick auf die ersten Jahre des neu geschaffenen Bundeslands an Rhein und Ruhr sogar der CDU eine „hegemoniale Stellung im Land“ zu, Martin Florack: Die CDU in Nordrhein-Westfalen. Zwischen elektoraler Dominanz und landespolitischer Marginalisierung. In: Stefan Marschall (Hrsg.): Parteien in NRW. Essen 2013, S. 239–258, hier S. 247. Ähnlich Sebastian Bukow: Die SPD in

gelben Zusammenarbeit. Und natürlich gibt es auch – immer noch oder schon wieder? – Vertreter einer sozial-liberalen Koalition.² Unter dem Begriff „Stammland“ wollen wir im Folgenden nicht – in einem engeren Sinne – das Herkunfts- oder Gründungsland einer Partei (oder Koalition) verstehen, sondern – in einem weiteren Sinne – ein Land, in dem eine bestimmte Partei oder Koalition seit oder zumindest recht bald nach Gründung des Bundeslandes existierte und über einen längeren Zeitraum eine dominierende Position im Parteiengefüge, in der politischen Landschaft einnehmen konnte. Betrachtet wird im vorliegenden Beitrag im Wesentlichen die Ebene der „Parteispitze“, nicht die Ebenen der „mittleren Parteieliten“ und der „Parteibasis“.³

Bezüglich der hier interessierenden parteipolitischen Konstellationen in Nordrhein-Westfalen von der Landesgründung bis zum Jahr 2017 ist zu konstatieren: 14 Jahre einer „reinen“ sozial-liberalen Koalition (1966-1980) und zwei Jahre einer sozial-liberalen Koalition unter Einbeziehung der Zentrumspartei (1956-1958) stehen neun Jahre einer „reinen“ christdemokratisch-liberalen Koalition (1962-1966, 2005-2010) und zwei Jahre christdemokratisch-liberaler Koalition unter Einbeziehung des Zentrums (1954-1956) gegenüber – bei 15 Jahren SPD-Alleinherrschaft (1980-1995) und 17 Jahren rot-grüner Koalition (1995-2005, 2010-2017).

Bezogen auf das Land Nordrhein-Westfalen und dessen Verhältnis zur Bundesebene ist schließlich im Zusammenhang mit der Bildung unterschiedlicher Regierungskoalitionen zu überprüfen, inwiefern die „alte These [...], daß Bonn und Düsseldorf in der Politik sich wie ein System kommunizieren der Röhren verhielten“,⁴ zutrifft. Günter Bannas bezeichnete Nordrhein-Westfalen in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ einmal als das „kleine Deutschland im Westen der Republik“. Die Politikwissenschaft habe, so Bannas, mit der Zeit die Regel formuliert: „Regierungsbildungen in Bonn [...] folgen den Vorbildern in Nordrhein-Westfalen“. ⁵ Es bleibt zu eruieren, inwiefern dies zutrifft.

Nordrhein-Westfalen. Aus der Diaspora zur temporären Hegemonialmacht. In: ebd., S. 221-237, hier S. 227: „Die SPD kann bis 1966 in keiner Wahl an der CDU vorbeiziehen. [...] Die CDU [...] hat bis in die 1960er Jahre hinein eine dominante elektorale Stellung in Nordrhein-Westfalen. [...] Es gelingt der SPD in den 1960/1970er-Jahren nicht, sich von der CDU elektoral abzusetzen“.

2 Der Autor dieses Beitrages hat etwa Burkhard Hirsch in zwei Zeitzeugengesprächen am 18.02. und am 18.03.2013 in Düsseldorf-Oberkassel als überzeugten „Sozial-Liberalen“ kennengelernt. Zur Entwicklung des linksliberalen Flügels der FDP ferner Jan Treibel: Die FDP. Prozesse innerparteilicher Führung 2000-2012. Baden-Baden 2014, S. 114-116.

3 Vgl. hierzu Treibel: Die FDP (wie Anm. 2), S. 26f.

4 Friedhelm Geraedts: Die vergessenen Jahre. Heinrich Köppler und zehn Jahre Oppositionspolitik in Nordrhein-Westfalen. Köln 1987, S. 18.

5 Günter Bannas: Das kleine Deutschland im Westen der Republik. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 107, 10. Mai 2010, S. 4.

Weiterhin ist nach der Definition des Begriffs „sozial-liberal“ zu fragen. Zum einen versteht man darunter das Parteienbündnis von SPD und FDP – in der Regel fungiert bei dieser Konstellation die FDP als Juniorpartner⁶ –, zum anderen kann man den „Sozialliberalismus“ als Spielart des Liberalismus sehen, der in Abgrenzung zu Wirtschafts- oder Nationalliberalismus mehr auf Partizipation, Emanzipation, Toleranz und mündige, selbstbestimmte Bürger in einer pluralen und offenen Zivilgesellschaft setzt. Mit den Worten von Burkhard Hirsch, nordrhein-westfälischer Innenminister von 1975 bis 1980 und FDP-Landesvorsitzender von 1979 bis 1983:

„Der mündige Bürger will ungegängelt, dereguliert und nicht bevormundet sein. Er setzt auf sein Recht der politischen Teilhabe, auf den Schutz seiner Privatheit in einer Informationsgesellschaft, auf die Verwirklichung von Chancengleichheit und auf Schutz vor Not in einer sich wandelnden Welt. Diese grundsätzlichen Ziele von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit bleiben, auch wenn sie immer wieder neu zu definieren sind“⁷.

Entscheidend sei, so Hirsch an anderer Stelle, der

„Kampf um individuelle Rechte, gegen den Missbrauch der Macht staatlicher, gesellschaftlicher oder wirtschaftlicher Kollektive, gegen unverdiente Privilegien, gegen Gängelung, Bevormundung und Einmischung, für Chancengleichheit und Menschenwürde. [...] gegen Alleinherrschaft, Kleinstaaterei und polizeistaatliches Obrigkeitsdenken [...], für Menschenrechte, für individuelle und bürgerliche

6 Eine Ausnahme stellt das Kabinett von Reinhold Maier (FDP) dar, der von Januar 1951 bis April 1952 als Ministerpräsident von Württemberg-Baden einer liberal-sozialen Koalition aus FDP und SPD vorstand, bevor er von April 1952 bis September 1953 – nun unter Beteiligung auch des Bundes der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) – im neu gegründeten Südweststaat Baden-Württemberg als Ministerpräsident einer (erweiterten) liberal-sozialen Koalition amtierte, vgl. Klaus-Jürgen Matz: „Maier, Reinhold“. In: NDB Bd 15 (1987), S. 697-699 [Online-Version]; URL: <https://www.deutsche-biographie.de/gnd118576410.html#ndbcontent>; <https://www.deutsche-biographie.de/sfz55769.html#ndbcontent> (Abruf vom 20.11.2017).

7 Schreiben von Hirsch an den Verfasser vom 7. Juli 2017. Der zitierte Passus ist dem geplanten, letztlich aber ungedruckt gebliebenen Nachwort „Und nun? Nachbemerkung von Burkhard Hirsch“ zu Baum/Hirsch: Der Baum und der Hirsch (wie Anm. 113) entnommen. Hirsch darf nicht allein aufgrund seiner Funktionen als Innenminister und Landesvorsitzender der FDP in Nordrhein-Westfalen als wichtiger Zeitzeuge gelten, sondern auch aufgrund seiner Bedeutung für den bundesrepublikanischen Linksliberalismus über Jahrzehnte hinweg. Als Mitglied des Bundestages und Bundestagsvizepräsident galt er über einen langen Zeitraum als eines der Aushängeschilder des sozialliberalen Flügels seiner Partei. Diese Rolle nahm er häufig im Zusammenspiel mit seinem Kölner Parteifreund Gerhart Baum wahr. Die Online-Enzyklopädie „Wikipedia“ zählt Hirsch gemeinsam mit Baum und Sabine Leutheusser-Schnarrenberger zu den „profilertesten[n] Vertreter[n] des linksliberalen Flügels der FDP“ (https://de.wikipedia.org/wiki/Gerhart_Baum; Abruf vom 04.05.2018).

Freiheiten, für die Würde des Einzelnen, für eine parlamentarische Demokratie und für soziale Verantwortung“⁸.

In diesem Sinne ist im Folgenden der Begriff des „Sozialliberalismus“ – ohne Bindestrich – zu verstehen. Um Missverständnisse zu vermeiden, wird in diesem Beitrag begrifflich überwiegend von „Linksliberalismus“ die Rede sein. In erster Linie beschäftigt sich der Beitrag ohnedies mit dem sozial-liberalen Bündnis zwischen SPD und FDP. Können sozial-liberale, rot-gelbe Regierungsbündnisse Nordrhein-Westfalen als ihr Stammland bezeichnen?

1. Die erste sozial-liberale Koalition unter Fritz Steinhoff

Die Dominanz der CDU in den ersten Jahren der Existenz des neuen Bundeslandes an Rhein und Ruhr konnte nur einmal vorübergehend gebrochen werden – von einer sozial-liberalen Koalition.⁹ Diese Koalition aus SPD und FDP unter Ministerpräsident Fritz Steinhoff (SPD) war mit Sicherheit eines nicht: eine Liebesheirat. Vielmehr sprach der neue Landesvater in seiner Regierungserklärung pragmatisch von einer „im Staatsinteresse eingegangene[n] Arbeitsgemeinschaft“.¹⁰ Wie Jörg Engelbrecht betont, blieben sich beide Parteien „im Grunde zu fremd, als dass aus der Koalition eine konstruktive Partnerschaft hätte werden können“, „blieben die programmatischen Unterschiede doch unüberwindbar“.¹¹

Eine Annäherung der beiden Parteien war in entscheidendem Maße von der Ausrichtung der FDP abhängig, weniger von derjenigen der SPD. Bei Gründung der FDP nach Kriegsende wies die Partei im werdenden Bundesland Nordrhein-Westfalen durchaus ein disparates Gepräge auf.¹² Während die am 9. November 1945 in Dortmund gegründete Liberal-Demokratische Partei Westfalens homogen linksliberal grundiert war, verhielt sich dies im

8 Zitat aus dem Manuskript eines nicht gehaltenen Vortrags mit dem Titel „Liberalismus und Antiliberalismus heute? Vortrag zum Abschluss des Seminars ‚Liberalismus als Feindbild – Antiliberalismus heute‘ der Theodor-Heuss-Akademie in Gammersbach ‚Liberalismus als Feindbild‘ am 9. März 2013“ (dem Verfasser von Burkhard Hirsch mit Schreiben vom 7. Juli 2017 zugestellt).

9 Insofern ist die Feststellung von Christoph Nonn: Historische Dimensionen des Parteiensystems in Nordrhein-Westfalen. In: Marschall (Hrsg.): Parteien (wie Anm. 1), S. 17-35, hier S. 33, unzutreffend, der zufolge die SPD unter Heinz Kühn 1966 „die CDU nach fast zwei Jahrzehnten erstmals als Regierungspartei in Nordrhein-Westfalen [habe] ablösen“ können.

10 Zitiert nach Jörg Engelbrecht: Fritz Steinhoff (1897–1969). In: Sven Gösmann (Hrsg.): Unsere Ministerpräsidenten in Nordrhein-Westfalen. Neun Porträts von Rudolf Amelunxen bis Jürgen Rüttgers. Düsseldorf 2008, S. 70-97, hier S. 85.

11 Ebd., S. 95.

12 Vgl. hierzu und im Folgenden Treibel: Die FDP (wie Anm. 2), S. 276.

Fall des am 4. Dezember 1945 ins Leben getretenen Landesverbands Nordrhein anders: Die örtlichen Parteigründungen in Krefeld, Moers, Neuss, Düsseldorf-Mettmann und Wuppertal konnten zur linksliberalen Richtung in Nachfolge der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) der Weimarer Republik gezählt werden, und auch die Gründungen in Aachen, Mönchengladbach, Rheydt, Viersen und Duisburg-Hamborn waren linksliberal orientiert. Die Parteigruppen in Essen, Mülheim/Ruhr und Remscheid tendierten hingegen zum wirtschaftsliberalen Flügel, während die liberalen Vereinigungen in Gummersbach und Opladen dem bürgerlichen Sammlungsgedanken verpflichtet waren und liberale mit konservativen Elementen verbanden. Erst im Mai 1947 wurde der nordrhein-westfälische Landesverband der FDP gegründet. Die inhaltlich-programmatische Ausrichtung allerdings blieb weiterhin unklar. Vor diesem Hintergrund wird verständlich, weshalb sich die FDP aus Sicht der Sozialdemokraten nicht als prädestinierter Koalitionspartner aufdrängte. Und auch aus Sicht der Liberalen war ein Regierungsbündnis mit der SPD „1954 noch undenkbar“¹³ gewesen.

Denn gerade in Nordrhein-Westfalen war die nationalliberale bis nationale Ausrichtung der FDP dominant, gehörte die Partei anfangs eindeutig zum „Bürgerblock“, wie dies Christoph Kleßmann einmal formuliert hat.¹⁴ Fraktions- und Landeschef Friedrich Middelhaue sah in der Sozialdemokratie, so Dieter Düding, die „Ursache fast allen Übels“¹⁵, während die FDP ihrerseits vier Kandidaten der konservativ-deutschnationalen Gruppierung der „Nationalen Rechten“ nach den Landtagswahlen des Jahres 1950 einen Hospitanten-Status gewährte, was wiederum die SPD zu Protesten veranlasste.¹⁶ Auch in Hessen und Niedersachsen hatte die FDP einen gewissen „Rechtsdrall“, während die Landesverbände in Baden-Württemberg und den Stadtstaaten ausgesprochen liberal ausgerichtet waren.¹⁷ Die FDP in Nordrhein-Westfalen hatte sich unter ihrem Vorsitzenden Middelhaue zu einem Sammelbecken nationaler und nationalliberaler Protagonisten entwickelt, zeitweise spielten auch ehemalige Nationalsozialisten eine bedeutende Rolle.¹⁸ Im Wahlkampf des Jahres 1954 kritisierten selbst namhafte Vertreter der CDU die Rechtslastigkeit der FDP, sodass Dieter Düding zu der Feststellung gelangt, „dass im Wahlkampf die Auseinandersetzungen zwischen CDU und

13 Engelbrecht: Steinhoff (wie Anm. 10), S. 83.

14 Christoph Kleßmann: *Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955-1970*, 2., überarbeitete und erweiterte Aufl. Bonn 1997, S. 122.

15 Dieter Düding: *Parlamentarismus in Nordrhein-Westfalen 1946–1980. Vom Fünfparteien- zum Zweiparteienlandtag*. Düsseldorf 2008, S. 286.

16 Vgl. ebd., S. 285-287 mit Anm. 12.

17 Kleßmann: *Zwei Staaten* (wie Anm. 14), S. 122.

18 Vgl. hierzu ausführlich Kristian Buchna: *Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr. Friedrich Middelhaue und die nordrhein-westfälische FDP 1945–1953*. München 2010, sowie dessen Beitrag oben; ferner Treibel: *Die FDP* (wie Anm. 2), S. 51-54.

FDP intensiver waren als zwischen CDU und SPD oder zwischen SPD und FDP¹⁹. In langwierigen Bemühungen – deren Höhe- oder besser Tiefpunkt die „Naumann-Affäre“ bildete – gelang es der Parteimehrheit, den nationalen Flügel an den Rand zu drängen oder zum Verlassen der Partei zu bewegen.²⁰ Somit war die Partei 1956 aus sozialdemokratischer Sicht hinreichend koalitionsfähig.

Wie Walter Först, Sebastian Bukow²¹ und Martin Florack²² siedelt auch Volker Ackermann die Gründe für den Regierungswechsel in Nordrhein-Westfalen „im wesentlichen auf der Bundesebene“²³ an. Dort schwelte der Konflikt zwischen der FDP und ihrem christdemokratischen Koalitionspartner bereits seit 1954, nachdem der profilierte Thomas Dehler dem unscheinbaren Franz Blücher an der Spitze der liberalen Bundespartei nachgefolgt war. Die FDP sondierte Gemeinsamkeiten mit der LDPD in der DDR, Dehler forderte eine aktive deutsche Wiedervereinigungspolitik unter Beteiligung der Sowjetunion, räsionierte über eine „dritte Lösung“²⁴, die einen Mittelweg zwischen militärischer Westbindung und staatlicher Neutralität bedeutete hätte, und stellte die Anerkennung der Oder-Neisse-Linie als Staatsgrenze in Aussicht.²⁵ Auch in der Saar-Politik wich die FDP von der Linie Konrad Adenauers ab.²⁶ Als der Kanzler eine Treueerklärung der Liberalen verlangte und über eine Wahlrechtsänderung auf Bundesebene sinnierte,

19 Düding: Parlamentarismus (wie Anm. 15), S. 310f.

20 Hinsichtlich dieser „Alt-Nationalen“ führt Burkhard Hirsch aus: „Die letzten, das waren [Wilhelm] Maas und [Franz] Mader in Nordrhein-Westfalen und [Heinz] Lange, der ein Witikobund-Mitglied war. Natürlich gab es Schwierigkeiten mit [...] [Siegfried] Zoglmann oder Ludwig Preiß [...], Zoglmann aus Nordrhein-Westfalen, Preiß aus Hessen, [...] die mit unserem Mandat zur CDU gingen, also, das war dann wirklich bereinigt. Das war mit dem Sturz Erich Mendes bereinigt. [...] da haben wir unsere Auseinandersetzungen intern in der FDP gehabt, haben da heftig dran gearbeitet und letzten Endes auch Erfolg gehabt.“ Zitat aus einem von Hirsch redigierten Skript eines Zeitzeugengesprächs vom 18. März 2013 (dem Verfasser von Burkhard Hirsch mit Schreiben vom 7. Juli 2017 zugestellt); zu den erwähnten Landtagsabgeordneten aus Nordrhein-Westfalen vgl. ferner https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB_I/I.1/Abgeordnete/Ehemalige_Abgeordnete/details.jsp?k=00624; https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB_I/I.1/Abgeordnete/Ehemalige_Abgeordnete/details.jsp?k=00105; https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB_I/I.1/Abgeordnete/Ehemalige_Abgeordnete/details.jsp?k=00595; Seitenabrufe vom 12.11.2017).

21 Vgl. Bukow: Die SPD (wie Anm. 1), S. 227.

22 Vgl. Florack: Die CDU (wie Anm. 1), S. 247.

23 Volker Ackermann (Bearb.): Die Kabinettsprotokolle der Landesregierung Nordrhein-Westfalen 1954 bis 1958 (Dritte Wahlperiode). Siegburg 1997, S. S. 8.

24 Zit. nach Düding: Parlamentarismus (wie Anm. 15), S. 360.

25 Vgl. Hirsch: Liberalismus und Antiliberalismus (wie Anm. 8).

26 Vgl. hierzu Gerhard Papke: Unser Ziel ist die unabhängige FDP. Die Liberalen und der Machtwechsel in Nordrhein-Westfalen 1956. Baden-Baden 1992, S. 33.

welche die FDP benachteiligt hätte,²⁷ war das Tischtuch zerschnitten: Die Liberalen drohten mit der Aufkündigung sämtlicher Koalitionen mit der CDU in den Ländern. In Nordrhein-Westfalen entwickelte sich nun eine gewisse „Eigendynamik“.²⁸ Die „Jungtürken“ des größten Landesverbands, Nordrhein-Westfalen – ein „kleiner Kreis jüngerer Funktionäre“,²⁹ die eher pragmatisch als weltanschaulich dachten und handelten, mit den Protagonisten Willy Weyer, Wolfgang Döring, Hans Wolfgang Rubin und Walter Scheel an der Spitze³⁰ –, stürzten „als Konsequenz“³¹ der Adenauerschen Planspiele am 20. Februar 1956 im Verein mit der oppositionellen SPD den ebenfalls mit dem Kanzler auf Kriegsfuß stehenden CDU-Ministerpräsidenten Karl Arnold³² und wählten mit dem ersten erfolgreichen konstruktiven Misstrauensvotum der deutschen Nachkriegsgeschichte Fritz Steinhoff zum Ministerpräsidenten.³³

Gerhard Papke spricht von einer „handstreichartige[n] Aktion“³⁴ und sieht vor allem in Döring und Weyer die treibenden Kräfte innerhalb der FDP, Detlev Hüwel wertet das Vorgehen der nordrhein-westfälischen FDP als „kräftigen Denkkettel“³⁵ gegen Adenauer. Die Zusammenfassung aus der Feder Jörg Engelbrechts dürfte *grosso modo* zutreffen: „Tenor [...] ist, dass der Machtwechsel in Nordrhein-Westfalen nicht durch das aktive Zutun von Steinhoff oder der SPD-Fraktion herbeigeführt worden ist. Sie waren gewissermaßen nur die Nutznießer von Vorgängen, die in erster Linie bundespolitisch bestimmt gewesen sind.“³⁶

Der Koalitionswechsel war emblematisch für einen Umbruch in der FDP: Die Landtagsfraktion beschloss die Koalition mit SPD und Zentrum, als ihr Landesvorsitzender und Wirtschaftsminister Friedrich Middelhaue noch mit

27 Adenauer schwebte ein „Grabenwahlsystem“ vor. Die FDP hätte in diesem Falle im Vergleich mit dem herkömmlichen Wahlrecht bis zu 50% ihrer Mandate verlieren können, vgl. Buchna: Nationale Sammlung (wie Anm. 18), S. 204f.; Florack: Die CDU (wie Anm. 1), S. 247.

28 Vgl. Detlev Hüwel: Karl Arnold (1901-1958). In: Gösmann (Hrsg.): Unsere Ministerpräsidenten (wie Anm. 10), S. 42-69, hier S. 61.

29 Ackermann (Bearb.): Die Kabinettsprotokolle (wie Anm. 23), S. 8.

30 Vgl. Treibel: Die FDP (wie Anm. 2), S. 277.

31 Florack: Die CDU (wie Anm. 1), S. 247.

32 Arnold hatte im Jahr 1950 eine Große Koalition bevorzugt, nahm davon aber aufgrund des Drucks seitens Adenauers, der auf ein Bündnis mit der FDP drängte, schließlich Abstand und ging stattdessen mit dem Zentrum zusammen, vgl. Düding: Parlamentarismus (wie Anm. 15), S. 287. Nach den Landtagswahlen von 1954 zielte zumindest der Arbeitnehmerflügel der nordrhein-westfälischen CDU auf eine Große Koalition, doch wiederum wies der bundespolitische Einfluss den Weg zu einem Bündnis mit den Liberalen, vgl. Engelbrecht: Steinhoff (wie Anm. 10), S. 81.

33 Vgl. Bukow: Die SPD (wie Anm. 1), S. 227.

34 Papke: Unser Ziel (wie Anm. 26), S. 236.

35 Hüwel: Karl Arnold (wie Anm. 28), S. 64.

36 Engelbrecht: Steinhoff (wie Anm. 10), S. 82.

Adenauer verhandelte. An der Abstimmung über das Misstrauensvotum, das er nach Rücknahme der Wahlrechtsänderungspläne seitens der CDU für verfehlt hielt, nahm er dann nicht mehr teil.³⁷

Seit dem Jahresende 1955 hatte es Sondierungsgespräche zwischen FDP- und SPD-Vertretern gegeben,³⁸ die durch den Umstand begünstigt wurden, dass der für das Amt des Ministerpräsidenten vorgesehene Fritz Steinhoff ebenfalls als Pragmatiker und als Exponent des „konservativen“ Parteiflügels der Sozialdemokraten galt.³⁹ Darüber hinaus waren sich Steinhoff und Willy Weyer aufgrund ihres kommunalpolitischen Engagements in der Stadt Hagen seit Jahren kollegial verbunden.⁴⁰ Weyer kam geradezu eine „Schlüsselrolle“⁴¹ zu. Generell galt, so Engelbrecht, dass „die auf Seiten der FDP beteiligten Akteure über gute persönliche Kontakte zu einzelnen Sozialdemokraten [...] verfügten“.⁴² Und zuletzt gab es bei beiden Parteien Schnittmengen in bestimmten Sachfragen, beispielsweise auf dem Feld der Kulturpolitik.⁴³ Ein bedeutsames Motiv der Liberalen für den Schritt zum Koalitionsbruch war die Hoffnung, auf diesem Wege die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat beeinflussen und somit eine Wahlrechtsreform verhindern zu können.⁴⁴ Ein weiteres Ziel war der Nachweis der „Unabhängigkeit und Koalitionsoffenheit der FDP auf Landes- und Bundesebene“.⁴⁵ Während für die FDP also Willi Weyer, Wolfgang Döring, Walter Scheel, Wolfram Dorn und Liselotte Funcke an den Sondierungsgesprächen mit der SPD teilnahmen, blieb der FDP-Landesvorsitzende Middelhaue den Verhandlungen fern. Er fühlte sich Arnold gegenüber zu Loyalität verpflichtet und trat am 13. Februar 1956 von seinem Amt als Vorsitzender zurück.⁴⁶

Zwar zählte die FDP zunächst zu den großen Gewinnern des „Umsturzes“ in Nordrhein-Westfalen: „Niemaals vorher und auch später nicht hatte die FDP so viele und einflußreiche Ressorts [...] inne. Auch über Nordrhein-Westfalen hinaus erregte die Regierung Steinhoff großes Aufsehen, vor allem wegen der wirtschaftsund [!] sozialpolitischen Gegensätze zwischen SPD und FDP“.⁴⁷ Tatsächlich konnte die FDP unter Steinhoff vier wichtige

37 Vgl. Hüwel: Arnold (wie Anm. 27), S. 64.

38 Vgl. zum Zustandekommen der sozial-liberalen Koalition die minutiöse Schilderung bei Düding: Parlamentarismus (wie Anm. 15), S. 382-394.

39 Vgl. Buchna: Nationale Sammlung (wie Anm. 18), 207.

40 Vgl. Engelbrecht: Steinhoff (wie Anm. 10), S. 83.

41 Ebd.

42 Ebd.

43 Vgl. Buchna: Nationale Sammlung (wie Anm. 18), S. 207.

44 Vgl. Kleßmann: Zwei Staaten (wie Anm. 14), S. 122.

45 Ackermann (Bearb.): Die Kabinettsprotokolle (wie Anm. 23), S. 8.

46 Engelbrecht: Steinhoff (wie Anm. 10), S. 83.

47 Ackermann (Bearb.): Die Kabinettsprotokolle (wie Anm. 23), S. 9. Ganz ähnlich Engelbrecht: Steinhoff (wie Anm. 10), S. 84: „Nie wieder in der Geschichte der Bundesrepublik hat der kleinere Partner mehr Gewicht in einer Koalition gehabt“.

Ressorts besetzen – die „Schlüsselressorts“ Finanzen (Willy Weyer) und Wirtschaft (Hermann Kohlhase) sowie die Ministerien für Landwirtschaft (Josef Effertz) und Kultur (Paul Luchtenberg) –, was ihr in der Folgezeit in Nordrhein-Westfalen nie mehr gelingen sollte.⁴⁸ Die Idee Dörings von einer „liberalen Volkspartei“ setzte sich allerdings nicht durch. Vielmehr spaltete sich die Partei. Schon vor dem Wechsel des Koalitionspartners in Düsseldorf hatten sich in der FDP „Kanzlerliberale“ und „Oppositionsliberale“ gegenübergestellt.⁴⁹ Nun aber traten 16 FDP-Mandatsträger – unter ihnen vier Minister – aus der Bundestagsfraktion aus und begründeten unter Postminister Viktor-Emanuel Preusker die Freie Volkspartei (FVP). Die vier FDP-Dissidenten blieben im Kabinett Adenauer, während die FDP die Regierung verließ. Unter dem Bundesvorsitzenden Erich Mende (1960-1968) kehrte die Partei dann zunächst wieder ins alte Fahrwasser zurück, bildete sie ein „Korrektiv im Bürgerblock“.⁵⁰

Welche Wogen eine Koalitionsbildung auf Landesebene außerhalb der Landesgrenzen schlagen konnte, belegt das Beispiel der ersten und bislang einzigen liberal-sozialen Koalition – unter Einbeziehung des Blocks der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) – in Baden-Württemberg: Weil der Altliberale Ministerpräsident Reinhold Maier ein Bündnis mit der Sozialdemokratie einging, was von den nationalliberalen Landesverbänden in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Hessen als skandalös empfunden wurde, drohte der hessische Landesvorsitzende der FDP August-Martin Euler mit einem Parteiausschluss der südwestdeutschen „Demi-Marxisten“.⁵¹ Im Fall des Regierungswechsels in Nordrhein-Westfalen im Jahr 1956 spricht Düding sogar von „große[r] Beachtung“⁵² auf internationaler Ebene, da auch die ausländischen Beobachter die Bundespolitik – nicht zuletzt die Politik des Bundeskanzlers – als Ursache ausgemacht hätten.

Obwohl von Guido Hitze als „sozialliberale Regierung“ bezeichnet,⁵³ handelte es sich beim Kabinett Steinhoff streng genommen keineswegs um eine „reine“ sozial-liberale Koalition, da diese durch das Zentrum geduldet wurde, so wie es auch in Bayern unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Wilhelm Hoegner zwischen 1954 und 1957 bereits ein Zusammengehen von SPD und FDP gegeben hatte, allerdings unter Einbeziehung von Bayernpartei (BP) und dem BHE.⁵⁴ Wie bereits im Zweiten Kabinett

48 Vgl. Treibel: Die FDP (wie Anm. 2), S. 280, Tabelle 1.

49 Vgl. Papke: Unser Ziel (wie Anm. 26), S. 32.

50 Kleßmann: Zwei Staaten (wie Anm. 14), S. 123.

51 Zit. nach Treibel: Die FDP (wie Anm. 2), S. 52.

52 Düding: Parlamentarismus (wie Anm. 15), S. 359.

53 Vgl. Hitze: Die Parteien (wie Anm. 1), S. 153.

54 Vgl. Oliver Braun (Bearb.): Das Kabinett Ehard II. 20. September 1947 bis 18. Dezember 1950, Bd. 3: 5.1.1950–18.12.1950 (Die Protokolle des Bayerischen Ministerrats 1945–1954), München 2010, S. 141 Anm. 41.

Karl Arnold bekleidete der Zentrums Politiker Rudolf Amelunxen auch im Kabinett Steinhoff das Amt des Justizministers.⁵⁵ Es handelte sich bei dem Regierungsbündnis, dem für mehr als zwei Jahre Fritz Steinhoff als Ministerpräsident vorsah, um eine „Koalition aus SPD und FDP, der wenige Tage später auch das Zentrum beitrug“.⁵⁶

Der auf – wie es Volker Ackermann in Anlehnung an Hans-Peter Schwarz formuliert – „ausgeprägten Pragmatismus in politischen Fragen sowie die Bereitschaft zum Kompromiß“⁵⁷ setzende Zeitgeist erleichterte der SPD das Zugehen auf den liberalen Koalitionspartner. Von Sozialisierungsphantasien nahm man Abstand und war stattdessen bemüht, die eigene Regierungsfähigkeit unter Beweis zu stellen.⁵⁸ Recht bald stellte sich heraus, dass es weder auf dem Feld der Wirtschafts- noch auf dem Feld der Sozialpolitik eine gemeinsame Handlungsbasis gab. Stattdessen feierte man überraschende Erfolge in der Kirchen- und Schulpolitik.⁵⁹ Weitere Akzente konnten in Wissenschaft und (Atom-)Forschung sowie in der Kunstförderung gesetzt werden.⁶⁰

Dieses auf Landesebene erste sozial-liberale „Intermezzo“⁶¹ endete 1958 mit einem „Debakel“⁶² für die Regierungsparteien sowie mit einem „großen Triumph“⁶³ der Christdemokraten, welche in der Landtagswahl mit 50,5 Prozent die absolute Stimmenmehrheit erhielten und bis 1962 alleine regieren konnten, um ab 1962 unter dem Ministerpräsidenten Franz Meyers erneut in eine Koalition mit der FDP einzutreten. Während auch Steinhoffs SPD von 34,5 Prozent auf 39,2 Prozent der Stimmen zulegen konnte, bekam den beiden kleinen Koalitionspartnern die Regierungsbeteiligung nicht: Die FDP fiel von 11,5 auf 7,1 Prozent Stimmenanteil, das Zentrum von 4 auf 1 Prozent.⁶⁴

Ihren Prägestempel konnte Steinhoffs Regierung dem Bundesland nicht aufdrücken: „Trotz ihrer Erfolge [...] hatte die erste sozialliberale Koalition

55 Vgl. Ute Schmidt: NRW-Landtagsparteien der ersten Stunde. Die Deutsche Zentrums-Partei. In: Marschall (Hrsg.): Parteien (wie Anm. 1), S. 345-361, hier S. 356.

56 Papke: Unser Ziel (wie Anm. 26), S. 11. Papkes Monographie ist generell für eine genauere Betrachtung dieser Koalition nach wie vor einschlägig. Nur unwesentlich abweichend der Wortlaut bei Düding: Parlamentarismus (wie Anm. 15), S. 394: „sozialliberale[s]“ Bündnis unter nachträglicher Einbeziehung des Zentrums“.

57 Ackermann (wie Anm. 23), S. 71.

58 Vgl. ebd.

59 Vgl. Engelbrecht: Steinhoff (wie Anm. 10), S. 86f.

60 Vgl. Düding: Parlamentarismus (wie Anm. 15), S. 395-398.

61 Engelbrecht: Steinhoff (wie Anm. 10), S. 71. Treibel: Die FDP (wie Anm. 2), S. 277f., hat nur bedingt recht, wenn er von der „erste[n] sozialliberale[n] Koalition der Bundesrepublik“ spricht. Genauso gut kann man das bereits erwähnte bayerische Bündnis um den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Hoegner als sozial-liberale Koalition bezeichnen – und dieses wäre dann das erste in der Bundesrepublik.

62 Ackermann (Bearb.): Kabinettsprotokolle (wie Anm. 23), S. 72.

63 Ebd.

64 Vgl. ebd., S. 5 und S. 72.

in der Geschichte der Bundesrepublik [...] zu wenig Zeit, um sich zu ‚bewähren‘ und um ein eigenständiges landespolitisches Profil zu gewinnen“.⁶⁵ Papke spricht von einem „kurze[n] Interregnum“.⁶⁶ Eine „Signalwirkung“, so Engelbrecht, sei von dieser ersten „sozial-liberalen“ Regierung nicht ausgegangen: „Es fehlt ihr [...] das übergreifende Moment, das durch eine ausgeprägte sozialliberale Handschrift möglich gewesen wäre“.⁶⁷ Das Misstrauen zwischen beiden Koalitionspartnern sei zu keinem Zeitpunkt wirklich überwunden worden. Im Gegenteil: Bereits in der Verteilung der Ressorts sei das Prinzip der gegenseitigen Kontrolle zum Ausdruck gebracht worden.⁶⁸ Hierzu trug auch der auf die Initiative des FDP-Abgeordneten Lothar Steuer zurückgehende „Koalitionsausschuss“ bei, ein „Kooperationsmechanismus, der die Arbeit sowohl zwischen den Koalitionsfraktionen im Parlament als auch zwischen den Regierungsfractionen und dem Kabinett koordinieren sollte“⁶⁹ – zugleich ein Novum in der Geschichte des Parlamentarismus in Nordrhein-Westfalen.

Prägnant und zutreffend konturiert Engelbrecht den Unterschied der Koalition unter Steinhoff zu „Projekten“ wie dem 1995 etablierten rot-grünen Bündnis, dem ein regelrechter Programmcharakter zu eigen war:

„Bei allen Leistungen, die der Regierung Steinhoff gutgeschrieben werden können, ergibt sich doch in der Rückschau kein sozialliberales Gesamtprofil. Dies ist auch dem Unvermögen Steinhoffs geschuldet, der Koalition den Charakter eines Projektes zu geben, das für die Bundesrepublik hätte wegweisend sein können. Der Preis des Pragmatismus ist der Mangel an Visionen. [...] Auch [Willi Weyer] war nicht in der Lage, der Düsseldorfer Koalition eine sich selbst tragende Legitimation zu geben. Stets blieb erkennbar, dass es bundespolitische Erwägungen gewesen waren, aus denen heraus dieses Bündnis zustande kam“.⁷⁰

2. Das Ende der christlich-liberalen Koalition unter Franz Meyers

Ähnlich verhielt es sich mit dem Ende der christlich-liberalen Koalition unter Franz Meyers. Das Ergebnis der Landtagswahl vom 20. Juni 1966, die den „bis dahin teuerste[n] Landtagswahlkampf in der Geschichte der Bun-

65 Ebd., S. 71f.

66 Papke: Unser Ziel (wie Anm. 26), S. 11.

67 Engelbrecht: Steinhoff (wie Anm. 10), S. 95.

68 Vgl. ebd., S. 91.

69 Düding: Parlamentarismus (wie Anm. 15), S. 394.

70 Engelbrecht: Steinhoff (wie Anm. 10), S. 91 f.

desrepublik Deutschland“⁷¹ bewirkt hatte, war so knapp wie nie zuvor in Nordrhein-Westfalen: Die oppositionelle SPD kam bei einem Stimmenzuwachs von 6,4 Prozent auf nunmehr 49,5 Prozent Stimmenanteil, während die seit 1962 regierende christlich-liberale Koalition nur noch über zusammen 50,2 Prozent der abgegebenen Stimmen verfügte. Erstmals lag die SPD in der Wählergunst vor der CDU, und das deutlich, denn die Christdemokraten konnten nicht mehr als 42,8 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. An 353 fehlenden Stimmen lag es, dass die Sozialdemokratie in Essen kein weiteres Direktmandat erringen konnte, welches die Wahl zu Gunsten der SPD entschieden hätte.⁷² Dennoch bedeutete das Wahlergebnis für die SPD unter Heinz Kühn eine „Trendwende“⁷³.

Die Geschehnisse der Landespolitik wurden jedoch ein weiteres Mal maßgeblich durch die bundespolitischen Ereignisse mitbestimmt. Im Jahr 1966 zerbrachen gleich zwei christlich-liberale Koalitionen: die auf Bundesebene in Bonn sowie die auf Landesebene in Düsseldorf. Der Sturz des Bundeskanzlers Ludwig Erhard wurde begünstigt durch die ausbleibende Einigung der Union mit der FDP in Sachen Haushaltsdeckung. Als die FDP den Antrag der SPD, die Vertrauensfrage im Deutschen Bundestag zu stellen, unterstützte, war das Ende der Kanzlerschaft Erhards besiegelt. Die Skepsis, die dem auf Bundesebene bis zu diesem Zeitpunkt noch unerprobten Modell der Großen Koalition in den eigenen Reihen entgegen gebracht wurde, war allerdings nicht zu übersehen. Sie spiegelt sich in den 109 Nein-Stimmen und den 23 Enthaltungen sowie in den 23 der Abstimmung fern gebliebenen Abgeordneten wider – bei 340 Ja-Stimmen war das Lager der Verweigerer somit deutlich größer als die 49 Abgeordnete umfassende FDP-Fraktion.⁷⁴

Während man in Bonn mehrheitlich zur Großen Koalition neigte – Willy Brandt hatte zunächst eine sozial-liberale Koalition ins Auge gefasst⁷⁵ – und diese sich schließlich auch mit dem Tandem Kiesinger-Brandt konstituierte, schmiedete Willy Weyer, obwohl er keineswegs dem linksliberalen Flügel seiner Partei zuzuordnen war, in Nordrhein-Westfalen eine sozial-liberale Koalition mit Heinz Kühn als Ministerpräsidenten.⁷⁶ Keineswegs aber standen die Liberalen „seit 1966 sowohl im Bund als auch im Land als Koalitionspartner fest an der Seite der SPD“.⁷⁷ Für die SPD hatte die Große Koalition in Bonn – bei allem innerparteilichen Protest, etwa der Jungsozialisten –

71 Stefan Marx: Franz Meyers (1908-2002). In: Gösmann (Hrsg.): Unsere Ministerpräsidenten (wie Anm. 10) S. 98-125, hier S. 121.

72 Vgl. Wolfgang Maron: NRW. Ein Land mit Geschichte, mit Zeichnungen von Philipp von Ketteler. Sonderauflage Münster 2006, S. 84.

73 Strünck: NRW-Parteiensystem (wie Anm. 1), S. 41.

74 Vgl. Kleßmann: Zwei Staaten (wie Anm. 14), S. 199 f.

75 Vgl. ebd., S. 201.

76 Vgl. Bannas (wie Anm. 5), S. 4.

77 Florack: Die CDU (wie Anm. 1), S. 245.

zwei Vorteile: die Regierungsfähigkeit endlich unter Beweis zu stellen sowie in einer nationalen Krisensituation – die Bundesrepublik erfasste die erste ernsthafte Wirtschaftskrise – Verantwortung zu übernehmen und somit zugleich eine Neuauflage der christdemokratisch-liberalen Koalition zu verhindern.⁷⁸

Bereits die Fortsetzung der christlich-liberalen Koalition in Düsseldorf mit hauchdünner Mehrheit werteten viele als letztlich vergeblichen Versuch, die angeschlagene Koalition auf Bundesebene „zu kitten“.⁷⁹ Als das Bonner Regierungsbündnis dennoch zerbarst, „brachen auch die Dämme in Düsseldorf“.⁸⁰ Sebastian Bukow sieht wie bereits 1956 auch 1966 die Gründe für den Koalitionswechsel in der bundespolitischen Entwicklung: „die Große Koalition wird im Bund auf den Weg gebracht – [es] kommt [...] in der FDP zum Umdenken. In Sorge vor einem Machtverlust entscheidet sie sich für einen Partnertausch.“⁸¹

Dagegen führt Friedhelm Geraedts den Sturz des Ministerpräsidenten Meyers auf das „ungeschickte Taktieren“ von Wilhelm Lenz zurück.⁸² Lenz hatte als CDU-Fraktionsvorsitzender mit der SPD, die aus den Landtagswahlen als stärkste Partei hervorgegangen war, Sondierungsgespräche geführt, ohne den Koalitionspartner hierüber zu unterrichten.⁸³

Unter ihrem neuen Frontmann Heinrich Köppler versuchte die CDU in Nordrhein-Westfalen, die FDP als Koalitionspartner zurückzugewinnen, da anderenfalls im Bund und in vielen Ländern dauerhafte Opposition drohte. Derjenige Teil der FDP, welcher der sozial-liberalen Koalition skeptisch gegenüber stand, wurde als „Nabelschnur“ bezeichnet. Er fand sich später im „Hohensiegburger Kreis“ und der daraus erwachsenen „Nationalliberalen Aktion“ wieder.⁸⁴ Letztere wurde gelegentlich als „verlängerter Arm der CSU nördlich der Mainlinie“ bezeichnet.⁸⁵

Ab Mitte der 1960er Jahre drängte sich zunehmend der Eindruck auf, „koalitionspolitische Grundlagen in der Bundespolitik würden in der Landespolitik Nordrhein-Westfalens vorgegeben – oder wenigstens vorweggenommen“.⁸⁶

78 Vgl. Kleßmann: Zwei Staaten (wie Anm. 14), S. 201.

79 Vgl. Dieter Düding: Heinz Kühn (1912–1992). In: Gösmann (Hrsg.): Unsere Ministerpräsidenten (wie Anm. 10), S. 126–157, hier, S. 137f. Oder mit den Worten von Stefan Marx: „Mit der Fortsetzung der Regierung Meyers in Düsseldorf sollte der angeschlagenen christlich-liberalen Bundesregierung von Ludwig Erhard das politische Überleben gesichert werden“, Marx: Meyers (wie Anm. 71), S. 122.

80 Düding: Heinz Kühn (wie Anm. 79), S. 138; ähnlich Marx: Meyers (wie Anm. 71), S. 122.

81 Bukow: Die SPD (wie Anm. 1), S. 227.

82 Vgl. Geraedts: Die vergessenen Jahre (wie Anm. 4), S. 13.

83 Vgl. hierzu Düding: Parlamentarismus (wie Anm. 15), S. 527–532.

84 Vgl. Geraedts: Die vergessenen Jahre (wie Anm. 4), S. 16.

85 Vgl. ebd., S. 23.

86 Bannas (wie Anm. 5), S. 4.

3. Die sozial-liberalen Koalitionen unter Heinz Kühn (1966-1978) und Johannes Rau (1978-1980)

Als sich der Sturz Meyers' abzeichnete, bemühte sich Heinz Kühn zunächst um die Bildung einer Großen Koalition, scheiterte jedoch an seiner eigenen Partei, die so kurz nach den Auseinandersetzungen des Wahlkampfs nicht gewillt war, mit ihrem Hauptkonkurrenten ein Regierungsbündnis einzugehen.⁸⁷ So votierten in der SPD-Landtagsfraktion bei zwei Enthaltungen 73 Mitglieder für die sozial-liberale Koalition und nur 21 für die Große Koalition. Im SPD-Landesausschuss waren die Verhältnisse mit 20 zu acht Stimmen ähnlich klar.⁸⁸

Wenn im Hinblick auf die sozial-liberale Koalition auf Bundesebene von einem „1969 begonnenen gesellschaftspolitischen Reformprozess“⁸⁹ gesprochen wird, darf man – unabhängig davon, ob man erste Reformansätze in der Bundespolitik bereits vor 1969 ausmacht⁹⁰ oder die Zeit der politischen Reformen tatsächlich erst mit dem sozial-liberalen Regierungsbündnis unter Willy Brandt beginnen lässt⁹¹ – nicht vergessen, dass die Entwicklung hin zu einer systematischen Reformpolitik in Nordrhein-Westfalen *cum grano salis* seit 1966 vorweggenommen worden war – nicht ohne Grund spricht Düding von einem „Reformlandtag“.⁹²

Auch verliefen etwaige Trennlinien keineswegs zwangsläufig zwischen den Koalitionspartnern, sondern nicht selten innerhalb der beiden die Koalition tragenden Fraktionen respektive Parteien – so etwa, als 1972 in der Frage des Schwangerschaftsabbruchs Innenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) sowie Verteidigungsminister Helmut Schmidt (SPD) für die Fristenlösung eintraten, während Bundeskanzler Willy Brandt und Bundesjustizminister Gerhard Jahn (SPD) für eine Indikationslösung optierten.⁹³

In Nordrhein-Westfalen waren es Themen wie die Atomkraft, die Befürworter und Gegner in beiden Parteien kannten. So brisant diese Themen waren, eigneten sie sich doch nicht, um zu Bruchstellen der Koalition zu avancieren. So zählen sich rückblickend sowohl Burkhard Hirsch als auch der

87 Vgl. Maron: NRW (wie Anm. 76), S. 85.

88 Vgl. Düding: Parlamentarismus (wie Anm. 15), S. 532.

89 Christine Fabian/Uta Rössel: Einleitung. In: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 25: 1972, bearbeitet von Christine Fabian und Uta Rössel unter Mitwirkung von Christoph Seemann. Berlin, Boston 2017, S. 13-42, hier S. 13.

90 So etwa Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bd. 5: Bundesrepublik und DDR 1949–1990. München 2008, S. 277.

91 Zum Beispiel Peter Glotz: Der Weg der Sozialdemokratie. Der historische Auftrag des Reformismus. Wien/München/Zürich 1975, S. 14, S. 255.

92 Vgl. Düding: Parlamentarismus (wie Anm. 15), S. 535.

93 Vgl. Fabian/Rössel: Einleitung (wie Anm. 89), S. 34.

langjährige Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales Friedhelm Farthmann zu den frühen und entschiedenen Gegnern der Atomenergie.⁹⁴

Wenn Wolfgang Maron in seiner kleinen Landesgeschichte mit dem Titel „NRW. Ein Land mit Geschichte“ die Entwicklung „Von der Hochburg der CDU zum Kernland der SPD“⁹⁵ mit der ersten „reinen“ sozial-liberalen Koalition in Nordrhein-Westfalen, also mit dem Machtwechsel im Jahr 1966, beginnen lässt, liegt dem vielleicht ein klein wenig zu sehr die Perspektive des „ex post“ zugrunde. Denn unabänderlich festgeschrieben war die spätere, im Grunde erst unter Johannes Rau einsetzende Entwicklung hin zur SPD-Hochburg zu Beginn der „Ära Kühn“ keineswegs. Die „eigentliche Hochphase“⁹⁶ der SPD setzte erst Anfang der 1980er Jahre ein, nicht zuletzt auch aufgrund des Ausscheidens der FDP aus dem Landtag nach den Wahlen 1980.

Bis dahin blieb die SPD auf die Loyalität der FDP angewiesen, da die Union in der Ära Kühn entweder vor der SPD oder nur knapp dahinter lag und eine Neuaufgabe der christlich-liberalen Koalition zumindest rechnerisch stets eine denkbare Alternative darstellte. Jan Treibel spricht mit Blick auf die FDP treffend von der „komfortable[n] Rolle als Königsmacher“.⁹⁷ So scheiterte der CDU-Oppositionsführer Heinrich Köppler mit seinem am 19. September 1978 – am Tag vor Kühns Rücktritt vom Amt des Ministerpräsidenten – vorgetragenen Versuch, der SPD den liberalen Koalitionspartner abspenstig zu machen. Horst-Ludwig Riemer hatte gegenüber der Presse stets erklärt, dem sozial-liberalen Regierungsbündnis die Treue zu halten.⁹⁸

Als die FDP bei der Landtagswahl 1970 von 7,4 auf 5,5 Prozent Stimmanteile abrutschte und lediglich zwölf Mandate erringen konnte, darunter drei mutmaßliche Abweichler, die zur CDU tendierten, konnte Willi Weyer sich dennoch mit seiner Option für Heinz Kühn und eine sozial-liberale Koalition durchsetzen.⁹⁹ In der Folgezeit traten drei nationalliberale FDP-Landtagsabgeordnete aus ihrer Fraktion aus, zwei davon wechselten zur Fraktion der CDU. Den nationalliberalen ehemaligen Fraktionsvorsitzenden der FDP-

94 Vgl. hierzu die Zeitzeugengespräche mit Burkhard Hirsch vom 18.03.2013 und Friedhelm Farthmann vom 21.02.2013 (LAV NRW R RWD Nr. 211 und Nr. 209) sowie Martin Schlemmer: Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen und die Energiefrage in den Jahren 1975 bis 1980. In: Rheinische Vierteljahrsblätter 77 (2013), S. 178-230; ders. (Bearb.): Die Kabinettsprotokolle der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen 1975 bis 1980 (Achte Wahlperiode), Teil 1: Einleitung, Dokumente. Duisburg 2016, hier Einleitung, Kap. 3.3. Energie, S. 43-48.

95 Maron: NRW (wie Anm. 72), S. 84.

96 Strünck: NRW-Parteiensystem (wie Anm. 1), S. 40.

97 Jan Treibel: Die FDP in Nordrhein-Westfalen. Multikoalitionsfähige Partei des programmatischen Wandels. In: Marschall (Hrsg.): Parteien (wie Anm. 1), S. 275-292, hier S. 278. Als „Königsmacher“ sieht sie auch Florack: Die CDU (wie Anm. 1), S. 245.

98 Vgl. Schlemmer: Kabinettsprotokolle (wie Anm. 94), S. 28.

99 Vgl. hierzu und im Folgenden Geraedts: Die vergessenen Jahre (wie Anm. 4), S. 16f.

Landtagsfraktion Heinz Lange eingerechnet, verfügte die Opposition über 98 Stimmen gegenüber dem Regierungslager mit 103 Abgeordneten. Als Sieger ohne Trophäe durfte sich die CDU fühlen, die sich mit einem Stimmenzuwachs von 3,5 Prozentpunkten auf somit 46,3 Prozent wieder vor die SPD schob, die bei einem Verlust von 3,4 Prozentpunkten auf 46,1 Prozent der Stimmen kam. Köppler sprach von einer „Koalition der Verlierer“,¹⁰⁰ ohne dass dies an der Oppositionsrolle seiner Partei etwas geändert hätte.

Die FDP hatte sich seit ihrem klassisch bürgerlich-liberalen Berliner Grundsatzprogramm von 1957 sukzessive nach links bewegt, jedoch nicht ohne innere Zerwürfnisse und Richtungskämpfe. Die programmatisch-inhaltliche Umorientierung manifestierte sich auf Bundesebene in der Ost- und Deutschlandpolitik, aber auch in der Gesellschaftspolitik. Ein wichtiger personeller Schritt in diese Richtung war die Wahl Walter Scheels zu Mendes Nachfolger als Parteivorsitzender auf dem Freiburger Parteitag 1968. Den endgültigen „sozialliberalen Durchbruch“¹⁰¹ stellten indes die „linken“ Freiburger Thesen des Jahres 1971 dar. Generalsekretär Karl-Hermann Flach richtete die Partei mittels seiner Schrift „Noch eine Chance für die Liberalen“ auch programmatisch auf das in Bonn und Düsseldorf regierende sozial-liberale Bündnis hin aus. Er appellierte eindringlich, so Burkhard Hirsch im Rückblick, „nie wieder liberale Positionen mit den ökonomischen Interessen einer gesellschaftlichen Gruppe zu verbinden“.¹⁰² Das Freiburger Grundsatzprogramm, das in wesentlichen Teilen auf Werner Maihofers Mitwirken zurückzuführen ist,¹⁰³ nannte dann auch Fortschritt, Emanzipation und Toleranz als liberale Kernpositionen.¹⁰⁴

Nicht selten sind politische Bündnisse nicht nur stark von den handelnden Personen geprägt, sondern regelrecht von diesen abhängig. Burkhard Hirsch betonte im Frühjahr 2013, dass er in eine sozial-liberale Koalition unter einem Ministerpräsidenten Friedhelm Farthmann nicht eingetreten wäre – andererseits wäre ein während der laufenden Legislaturperiode vorgenommener Wechsel von Heinz Kühn oder Johannes Rau zu Farthmann für ihn kein Grund zu einem Rücktritt gewesen. Mit einem Ministerpräsidenten

100 Ebd., S. 17.

101 Vgl. Kleßmann: Zwei Staaten (wie Anm. 14), S. 123 f., das Zitat S. 124.

102 So Hirsch: „Liberalismus und Antiliberalismus“ (wie Anm. 8).

103 Hirsch hebt ebd. hervor, dass Maihofer mit den Freiburger Thesen bewusst an Friedrich Naumanns Ansinnen habe anknüpfen wollen, „aus dem Industrie-Untertanen einen Industriebürger zu machen. Er dekliniert das durch, staatliche Machtbegrenzung, Mitbestimmung, Chancengleichheit und zum ersten Mal auch einen konsequenten Umweltschutz bis hin zur Möglichkeit staatlicher Eingriffe in den Produktionsablauf.“

104 Vgl. Treibel: Die FDP in NRW (wie Anm. 97), S. 289.

Diether Posser hätte sich Hirsch hingegen sehr wohl eine gute Zusammenarbeit vorstellen können.¹⁰⁵

Ebenso ist es kein Geheimnis, dass führende Persönlichkeiten der NRW-SPD lange ein Bündnis mit den Grünen wenn nur irgend möglich zu umgehen versuchten und die FDP als Koalitionspartner vorgezogen hätten – zu denken wäre neben Johannes Rau etwa an Wolfgang Clement,¹⁰⁶ Peer Steinbrück, Klaus Matthiesen oder Ernst Schwanhold.¹⁰⁷ Mit Heinrich Köppler, den er als „sehr einseitig“¹⁰⁸ wahrgenommen habe, hätte sich Hirsch keine Zusammenarbeit vorstellen können, mit Kurt Biedenkopf hingegen sehr wohl, wenngleich er – Hirsch – kaum Schnittmengen mit den Christdemokraten wahrgenommen habe.¹⁰⁹ Auch dem 1985 gegen Johannes Rau gescheiterten CDU-Spitzenkandidaten Bernhard Worms, von 1980 bis 1986 Vorsitzender des CDU-Landesverbands Rheinland,¹¹⁰ zollt Hirsch seinen Respekt,¹¹¹ so dass Letzterer bei allen Differenzen inhaltlicher Art mit Blickrichtung auf die CDU-Opposition im Landtag konstatiert: „[...] es gab immer einzelne Abgeordnete, mit denen man wirklich gut zusammen arbeiten konnte“.¹¹² Die Basis für eine produktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit beider Parteien wird man in dieser Aussage eines linksliberalen Vordenkers¹¹³ jedoch kaum erkennen können.

Ein wichtiger Garant für den Koalitionsfrieden war der Koalitionsausschuss, der – wie bereits 1956 – wieder eingerichtet wurde. Er diente in erster Linie der „Konsensbildung in politischen Grundsatzfragen und in poli-

105 „Also, es (!) [Farthmann] ist jemand, mit dem man zusammenarbeiten kann, aber zu dem ich nicht dasselbe politische, persönliche Vertrauensverhältnis gehabt hätte wie zu Heinz Kühn oder zu Diether Posser“. „Also, mit Posser ohne Probleme. [...] Ich habe den für seine anwaltliche Tätigkeit, auch was ich von ihm gelesen habe, wirklich bewundert [...]“. Zitat aus Hirsch: Zeitzeugengespräch (wie Anm. 20).

106 Clement gab nach den Landtagswahlen im Jahr 2000 der Fortsetzung des rot-grünen Regierungsbündnisses aus bundespolitischen Gründen den Vorzug vor einer sozial-liberalen Koalition, vgl. Karl-Rudolf Korte/Martin Florack/Timo Grunden: *Regieren in Nordrhein-Westfalen. Strukturen, Stile und Entscheidungen 1990 bis 2006*. Wiesbaden 2006, S. 248; Treibel: *Die FDP in NRW* (wie Anm. 97), S. 278f.; ders.: *Die FDP* (wie Anm. 2), S. 71.

107 Vgl. Korte/Florack/Grunden: *Regieren* (wie Anm. 106), S. 250.

108 Zitat aus Hirsch: Zeitzeugengespräch (wie Anm. 20).

109 Vgl. ebd.

110 Vgl. https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB_I/1.1/Abgeordnete/Ehemalige_Abgeordnete/details.jsp?k=00199 (Abruf vom 14.11.2017).

111 „Da waren die [CDU-]Innenpolitiker, die waren völlig unzugänglich, bis auf Bernhard Worms. Worms, ohne den die Ergebnisse der Funktionalreform nicht möglich gewesen wären, den ich noch wirklich in jeder Tonlage rühmen kann, als ein verständiger, vernünftiger Abgeordneter, obwohl er ein wirklich treuer CDU-Parteigänger ist, getragen von einem Staatsbewusstsein, das ich teile, dass der Staat eine Autorität und eine vernünftige Organisation besitzen und durchsetzen muss [...]“. Zitat aus Hirsch: Zeitzeugengespräch (wie Anm. 20).

112 Zitat ebd.

113 Vgl. hierzu etwa Gerhart Baum/Burkhard Hirsch: *Der Baum und der Hirsch. Deutschland von seiner liberalen Seite*. Berlin 2016.

tisch relevanten Personalangelegenheiten“, darüber hinaus aber auch der „Entschärfung von realen oder potentiellen Konfliktherden mit der Absicht, die Koalitionsmaschinerie reibungslos in Gang zu halten“¹¹⁴. Ein weiteres wichtiges Moment, das die sozial-liberale Koalition stabilisierte, war das ausgesprochen gute Verhältnis der beiden Fraktionsvorsitzenden Johannes Rau und Walter Möller¹¹⁵ – der personale Aspekt verdient folglich einmal mehr Beachtung.

Als Johannes Rau im September 1978 Heinz Kühn im Amt des Ministerpräsidenten nachfolgte, konnte noch niemand ahnen, dass nicht einmal zwei Jahre später die sozial-liberale Koalition an ein jähes Ende gelangen sollte. In seiner Regierungserklärung vom 27. September 1978 thematisierte Rau auch das Wirken der sozial-liberalen Regierung Kühn:

„Die Politik der drei von Heinz Kühn geführten Regierungen war erfolgreich. Sie ist der Erfolg einer guten und bewährten Partnerschaft zwischen Sozialdemokraten und Freien Demokraten. Diese gemeinsame Politik zu festigen, aber bei ihr nicht stehen zu bleiben, sondern sie ein gutes Stück weiter zu bringen, ist unsere Verpflichtung, ist die Aufgabe und das Ziel dieser Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen“.¹¹⁶

4. Das Ende der sozial-liberalen Koalition

Als die FDP bei den Landtagswahlen von 1980 den Einzug in das Parlament nur um Haaresbreite verpasste, sprach die Presse vom Ende eines „historischen Bündnisses“ (Der Spiegel), einem „politischen Erdbeben“ (Rheinische Post), einem „Beben“ (Stuttgarter Zeitung).¹¹⁷ Unter Heinz Kühn sei die sozial-liberale Koalition „in der Bundesrepublik salonfähig“¹¹⁸ geworden, habe Nordrhein-Westfalen „Reformen in einem Ausmaß und von einer Wirkungsintensität erlebt[] wie nie zuvor oder danach in seiner Geschichte“.

Ungefährdet war das für eine Reformpolitik stehende sozial-liberale Modell – von dem man inzwischen mit Fug und Recht sprechen konnte – allerdings zu keiner Zeit. So geriet das rot-gelbe Tandem auf Bundesebene bereits 1972 ins Straucheln, als die sozial-liberale Mehrheit im Bundesrat nach dem Wahlsieg der CDU in Baden-Württemberg am 23. April verloren ging.¹¹⁹

114 Düding: Parlamentarismus (wie Anm. 15), S. 540.

115 Vgl. hierzu ebd., S. 543.

116 Zitiert nach Schlemmer: Kabinettsprotokolle (wie Anm. 94), Teil 2: Dokumente, Verzeichnisse, Register, S. 1085.

117 Vgl. Art. „Wir siegen uns noch kaputt“. In: Der Spiegel Nr. 21, 19.05.1980, online unter: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14317076.html> (Abruf vom 13.11.2017).

118 Düding: Heinz Kühn (wie Anm. 79), +S. 152.

119 Vgl. Fabian/Rössel: Einleitung (wie Anm. 89), S. 14.

In Nordrhein-Westfalen gab es in der achten Wahlperiode bezüglich des Umgangs mit der „Gastarbeiter“-Frage Berührungspunkte zwischen der oppositionellen CDU und (Teilen) der FDP-Fraktion. Geradezu sinnbildlichen Charakter hatte in diesem Zusammenhang die Reaktion der drei FDP-Landtagsabgeordneten Silke Gerigk-Groht,¹²⁰ Jürgen Hinrichs¹²¹ und Wolfgang Heinz auf einen Antrag der CDU-Landtagsfraktion zur Verbesserung der Bildungschancen der ausländischen Kinder und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen: Dieser wurde „als ‚realistische und sachliche Beratungsgrundlage‘ begrüßt“.¹²²

SPD und CDU wiederum setzten gegen Ende der siebten Wahlperiode gegen die Stimmen der Liberalen das Landesplanungsgesetz wie das Sparkassengesetz durch,¹²³ was die Presse bereits vom drohenden „Verfall“¹²⁴ der sozial-liberalen Koalition in Düsseldorf sprechen ließ.

Eine potentielle Bruchstelle zwischen SPD und FDP war von Beginn an die Krise des Bergbaus in Nordrhein-Westfalen,¹²⁵ wenngleich auch die FDP in der Regel zur parteiübergreifenden „Kohlekoalition“¹²⁶ oder „Kohlefraktion“ gezählt wurde.¹²⁷

Problematisch war auch ein anderes Politikfeld, nämlich dasjenige der Sozialpolitik. Volker Stalman spricht mit Bezug auf das Verhältnis von SPD und FDP auf Bundesebene im Jahr 1966 von einem „evidente[n] Dissens in der Sozialpolitik“.¹²⁸ Er fragt ferner, ob die „Sozialpolitik auch 1969 ein beide Parteien [...] trennendes Politikfeld, ein potenzieller Sprengsatz der sozial-liberalen Koalition“¹²⁹ gewesen sei.

Zu einem handfesten Konflikt kam es in der sozial-liberalen Koalition im Sommer 1973 angesichts der Ernennung des 28-jährigen DKP-Funktionärs

120 Vgl. https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB_I/1.1/Abgeordnete/Ehemalige_Abgeordnete/details.jsp?k=00050 (Abruf vom 05.04.2016).

121 Vgl. https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB_I/1.1/Abgeordnete/Ehemalige_Abgeordnete/details.jsp?k=00073 (Abruf vom 05.04.2016).

122 Art. „Düsseldorf: FDP lobt CDU-Vorstoß“. In: Ruhr Nachrichten vom 25. April 1979 (LAV NRW R NW 756 Nr. 291).

123 Vgl. hierzu die Zeitungsartikel in LAV NRW R NW 756 Nr. 216, beispielsweise Art. „CDU setzt sich im Landtag mit SPD gegen FDP durch“. In: Westfalen-Blatt vom 13. März 1975; Art. „SPD und CDU gegen FDP“. In: Frankfurter Rundschau vom 13. März 1975.

124 So etwa in „Koalitionsstreit wie Ehen vor Gericht“, Kommentar von Christoph Lütger/Westdeutsches Fernsehen, 25. Februar 1975, 19:55 Uhr (schriftliche Fassung, LAV NRW R NW 756 Nr. 216).

125 Vgl. Kleßmann: Zwei Staaten (wie Anm. 14), S. 223.

126 Vgl. Düding: Heinz Kühn (wie Anm. 79), S. 142.

127 Vgl. Schlemmer: Energiefrage (wie Anm. 94), S. 189.

128 Volker Stalman: „...sozial gleichgewichtig neben freiheitlich und national stellen“? Die Sozialpolitik der FDP 1949–1969. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 29 (2017), S. 241–264, hier S. 261.

129 Ebd., S. 242.

und Gerichtsassessors Volker Götz zum Richter auf Probe. Namentlich Wirtschaftsminister Riemer und Innenminister Weyer kritisierten Justizminister Posser sowie den Ministerpräsidenten und brachten ihre Missbilligung auch über die Medien klar zum Ausdruck.¹³⁰ Burkhard Hirsch vertrat als Innenminister in der Frage der verfassungsfeindlichen Bestrebungen im öffentlichen Dienst eine restriktivere Gangart als Ministerpräsident Kühn oder seine Kabinettskollegen Girgensohn und Posser, wie sich Hirsch selbst im Gespräch vierzig Jahre später erinnerte:

„Ich war geprägt von den Erfahrungen mit meinen Lehrern, [...] nach [19]45 in der Schule, vorher haben sie ‚Heil Hitler‘ geschrien, und wenige Wochen später haben sie dann von ‚unseren Freunden von der Roten Armee‘ gesprochen. [...] ich war wild entschlossen, Leuten diesen Schlages nicht unsere Kinder und unsere Angeklagten oder Kläger zu überlassen. [...] Und deswegen habe ich mir dann in solchen Fällen, wenn das Berufsverbot hinzukommen sollte, [...] die Akten [...] kommen lassen und selber mit entschieden, ob ich sage, geht gerade noch oder nicht. [...] Ich wollte keine Parteiaktivisten im Staatsdienst haben, mit allen Segnungen des Berufsbeamtentums. [...] Es gab eben Schwierigkeiten mit dem Kultusministerium, Heinz Kühn war [...] liberaler als ich, es gab Schwierigkeiten mit Bonn und auch in der Partei, in der Bundespartei [...], da war man ganz anderer Meinung. Posser war sicherlich liberaler als ich, in der Beziehung, aber engagierte sich nicht wirklich.“¹³¹

Dies war deswegen von Bedeutung, weil dem Innenminister laut Punkt IV.8 der „Grundsätze für die Prüfung der Verfassungstreue von Bewerbern für den öffentlichen Dienst“ entscheidendes Gewicht beigemessen wurde: „Die Entscheidung über die Einstellung oder Ablehnung von Bewerbern, deren Verfassungstreue die Einstellungsbehörde nicht für gewährleistet hält, trifft die oberste Dienstbehörde im Einvernehmen mit dem Innenminister“.¹³² Doch auch diese mitunter sehr emotional geführte Debatte gefährdete den Zusammenhalt der sozial-liberalen Koalition in Nordrhein-Westfalen letztlich nicht.¹³³

Bedeutsamer war allerdings die Entwicklung der FDP-Bundespartei weg von linksliberalen hin zu wirtschaftsliberalen Positionen. Diese vollzog sich um das Jahr 1977 herum: Einerseits erarbeitete die „Perspektivkommission“ der FDP unter Vorsitz von Gerhart Baum im Juli 1977 die Denkschrift mit dem Titel „Aktuelle Perspektiven des sozialen Liberalismus“; andererseits

130 Vgl. etwa Presseschau des Landespresse- und Informationsamtes Nr. 142 vom 30.07.1973 (LAV NRW R NW 756 Nr. 215).

131 Dieses Gespräch ist dokumentiert im Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abt. Rheinland (LAV NRW R RWD Nr. 211).

132 Anlage 2 zur Niederschrift über die 1399. Kabinettsitzung vom 5. Juni 1979. Zitiert nach Schlemmer: Kabinettsprotokolle (wie Anm. 94), Teil 2, S. 1285.

133 Zum Thema „Verfassungstreue im öffentlichen Dienst“ in der Achten Wahlperiode in Nordrhein-Westfalen vgl. ebd., Teil 1, Einleitung, Kap. 3.5., S. 55 ff.

beschloss die Partei auf ihrem Kieler Parteitag im selben Jahr die „Kieler Thesen“, die einen klaren Sieg für den wirtschaftsliberalen Flügel unter Hans Friderichs und Otto Graf Lambsdorff bedeuteten. „Sie markieren“, so Burkhard Hirsch, „in ihrer Gesamtheit eine klare und eindeutige Abkehr von den Zielen eines sozialen Liberalismus hin zu einer ordoliberalen Wirtschaftspolitik“. Hirsch sieht in der Annahme der Kieler Thesen auf dem von ihm so genannten „Wendeparteitag“¹³⁴ den „gewollte[n] und bewusste[n] Beginn einer Entwicklung, die zu einer allmählichen Entfremdung der Koalitionspartner und im Ergebnis zum Bruch der Koalition auf Bundesebene im Oktober 1982 [ge]führt[]“ habe.¹³⁵

Die parallele Entwicklung in Bund und Land fand also ein Ende, als 1982/83 nach der „Bonner Wende“ eine christlich-liberale Koalition gebildet wurde, in NRW hingegen die SPD weiterhin allein regieren konnte.¹³⁶ Erst im Jahr 1995 musste sich Rau mit einer „von ihm immer ungeliebten rot-grünen Koalition“¹³⁷ arrangieren – die dann aber wiederum nur drei Jahre später auf Bundesebene nachgebildet werden sollte. Eine spannende, kontrafaktische Frage ist, welchen Fortgang die Ereignisse genommen hätten, wenn die FDP bei den Landtagswahlen von 1980 nicht an der Fünfprozent-Hürde gescheitert wäre und eine sozial-liberale Koalition in Nordrhein-Westfalen einer schwarz-gelben Koalition auf Bundesebene gegenüber gestanden hätte.

Zumindest Burkhard Hirsch lässt keinen Zweifel an der ausgeprägten gegenseitigen Loyalität in der sozial-liberalen Koalition, wenigstens im Kabinett:

„[...] ich rede über die Zeit von 75-80, und da haben wir, ich, jedenfalls mit den Sozialdemokraten, [...] hier in Düsseldorf, gute Erfahrungen gemacht, und ich hatte mit den Sozialdemokraten bis 1972 auch in Bonn hervorragende Erfahrungen in der Zusammenarbeit gemacht, [...] das ging einfach, das war demokratisch, das war fair, und das war vertrauensvoll. Und da konnte man sich auf den Partner verlassen.“¹³⁸

134 „Das ist eine Wende, die ich politisch nicht mitgemacht habe, und wo ich eigentlich, mit Baum und anderen, nur deswegen zusammen in der FDP geblieben bin, weil ich mir gesagt habe: Ich kann, nachdem ich 1948 in die FDP, LDP/FDP gegangen bin, [...] nicht gegen diese Partei Wahlkampf machen, und ich möchte eher dazu beitragen, dass die FDP wieder zu ihrer Politik einer sozialen Verantwortung zurückkehrt.“ Zitat Hirsch: Zeitzeugengespräch (wie Anm. 20).

135 Zitat aus Hirsch: „Liberalismus und Antiliberalismus“ (wie Anm. 8).

136 Vgl. auch Bannas (wie Anm. 5), S. 4.

137 Hitze: Die Parteien (wie Anm. 1), S. 170.

138 Zitat aus Hirsch: Zeitzeugengespräch (wie Anm. 20).

5. Fazit

Als eine Art Faustregel könnte man bezüglich des Verhältnisses von Nordrhein-Westfalen und Bundesebene in der Frage der parteipolitischen Gemengelage festhalten, dass zwischen 1949 und 1982 die führende Partei in Nordrhein-Westfalen meist auch die stärkste Partei auf Bundesebene war. Beide Ebenen bedingten sich gegenseitig, „kommunizierenden Röhren“ gleich. Keineswegs handelte es sich um eine „Einbahnstraße“, in der Nordrhein-Westfalen dem Bund stets das parteipolitische Farbspiel vorgegeben hätte. Immer wieder, etwa 1956, wirkte die Bundespolitik entscheidend auf die Entwicklung im bevölkerungsreichsten Bundesland ein.

Nordrhein-Westfalen war, bezogen auf Westdeutschland nach 1945, eine „Blaupause“, ein „Versuchslabor“; aus Nordrhein-Westfalen „stammt“ das Modell der sozial-liberalen Koalition – wenn man ähnliche „Experimente“ in Württemberg-Baden und Bayern außer Betracht lässt. Nordrhein-Westfalen als „Stammland“ des Sozial-Liberalismus zu bezeichnen, geht hingegen ein wenig zu weit. So wie es die Dominanz der SPD in der Ära Rau nicht rechtfertigt, von Nordrhein-Westfalen als einem „Stammland der SPD“ zu sprechen, so wenig bilden die 14 beziehungsweise 16 Jahre einer sozial-liberalen Koalition eine Grundlage für die Charakterisierung Nordrhein-Westfalens als „Stammland des Sozial-Liberalismus“. Zum Zeitpunkt der Landesgründung war dieses Bündnis noch keineswegs absehbar. Einen Automatismus gab es hier genau so wenig. Von einer Liebeshochzeit kann noch weniger die Rede sein, eher von einer pragmatischen Vernunfttatsache, die nicht unwesentlich von Machtkalkül beeinflusst wurde. Das sozial-liberale Bündnis war kein „Projekt“, auch wenn mancher Linksliberale wie Werner Maihofer von einem „historischen Bündnis“ gesprochen hat,¹³⁹ wie später die rot-grüne Allianz, keine Sache von „Herzblut“ – wobei NRW definitiv auch kein „rot-grünes Stammland“ war, Johannes Rau und auch Wolfgang Clement lieber mit den Liberalen koalitiert hätten. Die Liberalen wiederum hielten dem sozial-liberalen Bündnis auch dann die Treue, als die CDU als stärkste Kraft der FDP Avancen machte. Mehr noch: Die sozial-liberale Regierung war im Jahr 1980 ein eingespieltes Team, das nicht durch die Koalitionäre, sondern seitens der Wähler getrennt wurde. Bundeskanzler Helmut Schmidt fragte noch in der Wahlnacht beim nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau an, „ob man nicht wenigstens die vier FDP-Staatssekretäre behalten“ könne.¹⁴⁰ Auch Burkhard Hirsch betont im Rückblick die Bündnistreue

139 Vgl. Willy Zirngibl: gefragt – Werner Maihofer. Bornheim 1975, S. 28, wo Maihofer seine Aussage allerdings selbst wieder relativiert.

140 Art. „Wir siegen uns noch kaputt“ (wie Anm. 117).

der SPD sowie die Fürsorge des Landesvaters für den ausscheidenden liberalen Koalitionspartner.¹⁴¹

Das Fehlen von 1.709 Stimmen¹⁴² bei den Landtagswahlen 1980 – die FDP erhielt 4,98 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen – bereitete dem rot-gelben Tandem das Ende. Eine Neuauflage dieser Konstellation oder präziser Koalition scheint derzeit in weiter Ferne, wenngleich sich die FDP zu einer „multikoalitionsfähigen Partei“ (Jan Treibel) entwickelt hat. Bis auf weiteres bleibt die sozial-liberale Koalition in Nordrhein-Westfalen ein Intermezzo – das allerdings seine Spuren hinterlassen hat.

141 Für seine Zeit im Deutschen Bundestag von 1972 bis 1975 hält Hirsch in einem Schreiben an den Verfasser vom 7. Juli 2017 fest: „Die Vereinbarungen, die mit der SPD im Bereich der Rechts- und Innenpolitik getroffen wurden, hielten sie stets ein. Vereinbarungen mit der CDU wurden immer wieder spätestens durch die CSU im Bundesrat aufgemacht und versucht, draufzusatteln, entweder unverzüglich oder bei nächster Gelegenheit.“

142 Vgl. Art. „Wir siegen uns noch kaputt“ (wie Anm. 117).

